

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 16
Königsplatz 15 (Redakteur E. Dittmer)
Verleger: Amt Marktplatz 3105/06

**Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!**

Erscheint wöchentlich freitags
Bezugspreis: monatlich durch die Post
(einschließlich Postgebühr) 150 M.

Wo bleibt der Preisabbau?

Während im Ruhrgebiet die Arbeiterschaft seit mehr denn drei Monaten den Abwehrkampf gegenüber dem französischen Imperialismus führt und so die Pläne der französischen Imperialisten zunichte gemacht hat, haben die deutschen Großindustriellen in dieser selben Zeit zwar in ihrer Presse gleichfalls so als würde auch von ihnen der Abwehrkampf mit den allerbesten Mitteln geführt. Blickt man etwas näher hin, so muß man doch unabweisend und klar zum Ausdruck gebracht werden, daß der Besitzer der Rohstoffe und Nahrungsmittel gar nicht ernstlich mit dieser Abwehrkampf gegenüber der Arbeiterschaft.

Man freilich den Ausführungen der Presse oder gar der deutschnationalen Zeitungen Glauben schenken, so sind diejenigen die Träger des allerhöchsten Kampfes. Wir sind aber als Gewerkschaften in nüchternen Weise die wirtschaftlich anzusehen und da man doch festgestellt werden, daß die Löhne, Lohn- und Steuerpolitik der deutschen Unternehmertums ganz unüberlegt darauf gerichtet ist, den Abwehrkampf im Ruhrgebiet ganz erheblich zu schwächen, wenn nicht auf die Dauer ganz unmöglich zu machen.

Wir bel der Preispolitik beginnen sollen, so sei nur daran erinnert, daß wir folgende Zahlen feststellen müssen: Nimmt die Reichsindexziffer (für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung sowie Bekleidung) vor dem Kriege mit 1 an, so betrug im April 1922: 34, im Juli 54, im Oktober 221 und im Dezember 655. Es folgte im Januar 1923 die bekannte wahnwitzige Erhöhung der Mark als Nachwirkung der Besetzung des Ruhrgebietes, so daß die Reichsindexziffer im Januar 1125 betrug. Sie sank im Februar auf 2842 und hat trotz aller Bestrebungen, die in den letzten Monaten, Großhandel und bei der Regierung vorhanden der weiteren Entwertung Einhalt zu tun, im März eine weitere Erhöhung auf 2854 erfahren, wohlgerne, immer noch der reichsindexziffer Statistik. Daß diese Preispolitik der letzten Monate den Abwehrkampf gewaltig erschweren mußte, kann niemand bestreiten. Eine Milderung möglich wäre, ist wiederholt in der Arbeiterschaft und an dieser Stelle in allen Einzelheiten klargestellt worden.

Wir leben aber bei den Reichstagsverhandlungen der letzten Monate wieder, daß die gesamten bürgerlichen Parteien drauf und darüber, vermittels des „freien Wirtschaftsmarktes“ die einigermassen niedrigeren Preise für das tägliche Brot zu bestreiten. Berichten darüber noch an anderer Stelle, müssen hier jedoch bemerken, daß die gesamte Preispolitik erheblich von diesem — nämlich der Befreiung der Getreideumlage — beeinflusst ist. Die Vorschläge der Sozialdemokratie durch Auslieferung und Abgabe des Strohhalbes an die Landwirte gegen entsprechende abgelieferten Getreides, ist abgelehnt worden, weil irgendwelche Kontrollen von staatlicher Seite fürchtete und eine weitere Stabilisierung der Mark von den bürgerlichen Parteien doch wohl nicht für so notwendig angesehen wird, als die Regierungsdarlegungen und die Versicherungen der einzelnen bürgerlichen Parteipolitiker sagen. Ein weiterer Beweis liegt auch darin, daß man an der Börse sich in den letzten

Lagen bereits der Hoffnung hingab, die Reichsbank werde die Mark nicht mehr lange stützen können. Bezeichnend ist ferner, daß die Erschwernisse gegenüber dem billigeren Auslandsgefrierfleisch nicht entsprechend den Vorschlägen der Sozialdemokratie auf längere Zeit außer Kraft gesetzt worden sind. Man will anscheinend den in der Vorkriegszeit üblichen Schutzoll einführen, falls sich niedrigere Weltmarktpreise zeigen sollten. Diese Preispolitik der bürgerlichen Parteien, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, ist ein Skandal, wenn man einen Vergleich zieht mit den „patriotischen“ und „vaterländischen“ Abwehrreden dieser selben Leute.

Aber auch in der Lohnpolitik treten ganz dieselben Erscheinungen in den Vordergrund. Wir verweisen nur auf das „Korrespondenzblatt“ vom 14. April 1923, das in eingehender Weise diese Lohnpolitik des Unternehmertums behandelt. Es wird dort festgestellt, daß bei den Besprechungen im Reichswirtschaftsministerium am 16. März sich die Vertreter der Industrie, des Großhandels und des Einzelhandels mit aller Energie für die Beibehaltung ihrer Preise ausgesprochen haben. Ja, daß sie sozusagen als einzigen Ausweg den Abbau des Lohnes als notwendig hinstellten. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ stößt in jeder Woche in daselbe Horn und möchte der Preispolitik angeblich beikommen durch den Abbau des Lohnes. Nun ist aber vom Ausland wie auch bei uns einwandfrei festgestellt worden, daß die Löhne in der Produktion kaum 5 Proz. der Erzeugungspreise ausmachen, während die Rohstoffe, Handel und Zwischenhandel die weiteren 95 Proz. betragen. Man sieht also, auf wie schwachen Füßen die Argumente bezüglich des Lohnabbaues bei der Berechnung der Preisfestsetzung stehen. Es ist ferner zu bedenken — wie wir bereits in einer früheren Nummer eine Parallele der Arbeitslöhne und Arbeitsstunden der englischen, amerikanischen, französischen und belgischen Arbeiter gezogen haben —, daß die Löhne der Arbeiter bei uns nur etwa ein Drittel der vorbenannten Länder betragen und daß die Kaufkraft des Geldes bis zur Hälfte oder zwei Drittel der Löhne dieser Länder zu stehen kommt. Es ist sogar in der „Neuen Züricher Zeitung“ festgestellt worden, daß zurzeit die Arbeitslöhne in Amerika vierzehnmal so hoch sind als in Deutschland. Wenn man sich diese Tatsache vor Augen hält, so ist die Lohnpolitik des deutschen Unternehmertums eine Ungeheuerlichkeit.

Sie ist aber auch vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft eine recht kurzfristige Politik, denn bereits zeigen sich die schrecklichen Folgen. Die Kaufkraft der breiten Massen, der arbeitenden Millionen hat gewaltig nachgelassen. Die Folge davon ist, daß die Läger gehäuft sind mit Produkten und die Industrie zu Arbeiterentlassungen übergehen muß. Besonders die Textilindustrie hat infolge der wahnwitzigen Preis- und Lohnpolitik es fertig gebracht, daß der deutsche Arbeiter — vor wenigen Jahren noch in feiner Kleidung und feinem Schuhwerk usw. ziemlich sorgfältig, jetzt heruntergekommen und zerrissen gehen muß, weil ihm zum großen Teil die Mittel fehlen, die wahnwitzigen Preise für Textilien, Schuhwerk usw. zu zahlen. Ähnlich liegen die Dinge in der Möbelindustrie und vielen anderen Gewerben. In den letzten Monaten hat sich nun auch die gewaltige Papierpreissteigerung ausgewirkt, so daß auch die geistigen Bedürfnisse der Arbeiter in bezug auf Presse und Literatur zurückgedrängt werden zum Schaden unserer gesamten Kultur.

Gastwerk.

Das Gastwerk mit dem Kesselbau.
Das Gastwerk mit totenschwarzem Rauch.
Das Gastwerk mit seinen roten Feuer:
Die der Stadt den nächsten Atem erneuern!

Das Gastwerk mit blütenweißem Qualm.
Eine Reihe Essen als schlankes Gehalm.
Das Gastwerk als Arbeiters Leid und Fluch:
Der Seele ein trauriges Leichentuch!

Max Dörfler

Von dem dritten Charakteristikum der deutschen bürgerlichen Kurzsichtigkeit, der planmäßigen Steuerhinterziehung und der engstirnigen Steuerpolitik der jetzigen Regierung haben wir wiederholt berichtet. Es ist bezeichnend, daß trotz alledem das neue Gesetz über die Geldentwertung wiederum für die Reichen und Wohlhabenden ein gewaltiges Entgegenkommen, ein Millionengeschenk bedeutet, während die Arbeiter mit ihrem 10 Proz. Abzug die Hauptsteuertragenden bleiben. Dieser Stand, der im Auslande und besonders auch in Frankreich in der nationalstiftischen Presse ausgeschlachtet wird gegen uns und der in der ganzen Welt sehr stark dazu beigetragen hat, die Sympathien für uns gewaltig zu erschweren, ist einer der unverantwortlichsten Vorgänge in jetziger Zeit.

Alle diese Gesichtspunkte ergeben ganz klar, daß unsere Kollegen mit äußerster Energie für die wirtschaftliche und politische Aufklärung der Arbeitermassen sorgen müssen. Wir sind gegenwärtig schwer ins Hintertreffen geraten und da nun die zum Teil ebenso unglückselige Preispolitik der Gemeinden usw. dazu beigetragen hat, auch hier Arbeiterentlassungen in umfangreichem Maße in den öffentlichen Betrieben vorzunehmen, während der Beamtenapparat an vielen Stellen leer läuft, so ist zu befürchten, daß in den Reihen unserer Kollegen wieder jener berüchtigte Mangelmut sich bemerkbar macht, der in dem Satz gipfelt: „Es hat ja doch keinen Zweck!“

Sawohl, es hat durchaus Zweck und Ziel was wir wollen! Es ist notwendig, alle Kräfte zusammenzufassen, sonst wird die Ausbeutung der Arbeiterschaft noch in ganz anderem Ausmaße erfolgen. Wir müssen nicht nur im Abwehrkampf im Ruhrgebiet zusammenstehen, sondern auch im wirtschaftlichen Abwehrkampf dem Unternehmertum gegenüber.

Unser Mitgliederstand am 1. April 1923.

Am Schlusse des ersten Vierteljahres gehörten 267 752 Organisierte, davon 217 522 männliche und 50 230 weibliche, unserem Verbande an. Das bedeutet gegenüber dem Mitgliederbestand vom 1. Januar mit 280 484 Mitgliedern eine Abnahme von 12 732. Die Verlesung der Vierteljahresberichtsartikels erfolgte an 955 Filialen, so daß wir gegenüber der bei Beginn des Jahres vorhandenen (943) eine Zunahme von 12 zu verzeichnen haben. Leider fehlen

Nr.	Ort	Mitglieder am 1. März 1923	Zahl der Mitglieder am 1. April 1923			+ Abnahme - Zunahme	Zahl der Arbeitslosen
			männlich	weiblich	zusammen		
1	Kugsburg	2638	2182	274	206	+ 27	122
2	Berlin	49181	32096	8466	40662	+ 8619	1255
3	Bielefeld	3079	2691	493	3124	+ 45	17
4	Brandenburg	5061	4267	1091	5298	+ 217	213
5	Bremen	7574	6615	662	7577	+ 8	76
6	Breslau	19393	9451	8170	12621	+ 712	885
	Bez. Oberschlesien	1261	998	255	1248	+ 18	8
7	Dortmund	5041	3704	1829	5083	+ 8	77
8	Dresden	11082	8633	2438	11071	+ 9	194
9	Düsseldorf	10452	8689	1828	10517	+ 65	140
10	Erfurt	6238	5208	1077	6285	+ 47	123
11	Frankfurt a. M.	15085	12865	2708	15073	+ 12	105
12	Frankfurt a. d. O.	2227	1907	264	2171	+ 56	98
13	Halberstadt	8885	8318	560	8873	+ 12	71
14	Halle	8528	2461	1063	8514	+ 9	61
15	Hamburg	24383	19457	4942	24299	+ 84	584
16	Hannover	7515	6431	1248	7679	+ 164	91
17	Karlsruhe	5428	4450	1035	5485	+ 57	104
	Bez. Engen	1154	987	240	1177	+ 23	17
	Bez. Unterbaden	4301	3922	865	4287	+ 14	33
18	Kiel	4092	3324	767	4081	+ 11	256
19	Köln-Bonn	11949	10463	1379	11842	+ 107	79
20	Königsberg i. Pr.	7270	5896	1418	7314	+ 44	687
	Bez. Danzig	8241	2900	843	8243	+ 2	46
21	Leipzig	6795	4736	2039	6775	+ 20	172
22	Lübeck	5060	3839	1191	5030	+ 80	284
23	Magdeburg	5866	4874	1005	5879	+ 13	245
24	Mainz	5811	4839	1135	5974	+ 168	83
	Bez. Saargebiet	557	535	22	557	—	—
25	München	11074	8417	2523	10940	+ 134	407
26	Niederlausitz	1547	1343	232	1576	+ 28	93
27	Nürnberg	7149	6871	711	7092	+ 67	177
28	Rheinpalz	8964	8315	666	8971	+ 7	69
29	Stettin	4746	3755	1017	4772	+ 26	106
	Bez.interpomm.	1356	1185	172	1357	+ 1	120
30	Stuttgart	6264	5422	862	6274	+ 10	97
31	Südau	7856	6234	1481	7715	+ 141	170
	Einzelmitglieder	75	56	19	75	—	—
		277058	217522	80230	267752	19302	7306

auch diesmal bei der Aufstellung des Berichts 888 Filialen wiederum müssen wir um eine bessere und gewissenhafte Erstattung erjuchen. Die Arbeitslosenliste hat sich um 3848 gegenüber dem Stande vom 1. März auf 7306 erhöht. Steigerung der Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat erkennen aus folgender Zusammenstellung, in der die jeweilige am eines jeden Monats vorhandenen Arbeitslosen wiedergegeben

	Männl.	Weibl.	Gesamtzahl der Arbeitslosen	Männl.	Zunahme Weib. d. St.
am 1. 1. 23	2066	1892	3458	—	—
• 1. 2. 23	3188	1944	5132	1122	—
• 1. 3. 23	8690	1965	6655	502	91
• 1. 4. 23	5007	2299	7306	1817	894

Insgesamt waren im Laufe des ganzen Vierteljahres Kollegen und Kolleginnen arbeitslos. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen dieser 3725 arbeitslosen Mitglieder betrug 217 616 insgesamt 59 678 Unterstützungstagen. In Arbeitslosenunterstützung wurden nach den Angaben der Berichtsarten im Viertel 3 418 647 Mt. ausgezahlt. Die Kurzarbeit in den Gemeindebetrieben bewegt sich in mäßigen Grenzen. In nach der Tabelle stellen wir die Zahl der Kollegen und der Betrieben die Kurzarbeitszeit am 1. Januar bestanden, den 31. 1. April gegenüber:

Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt um	Zahl der Betriebe		Zahl der Arbeiter		Zahl der Arbeiter
	1. 1. 23	1. 4. 23	männlich	weiblich	
1 bis 8 Stunden	82	53	488	1808	27
9 „ 16 „	21	17	125	289	58
17 „ 24 „	18	15	173	67	27
25 Stunden und mehr	4	7	18	18	6
Insgesamt	75	92	788	2182	117

Befriedigen kann uns der vorliegende Bericht nicht. Die Vorbereitung zur Erhaltung und Stärkung unserer Organen dürfen wir nicht erlassen. Jede Kollegin und jeder Kollege verpflichtet, nach wie vor für die Weiterentwicklung in sowie im Interesse der Gesamtheit tätig zu sein.

Ein wunder Punkt.

Der unverkündete Papierholzwucher hat zu einer ungeheuren Verteuerung des Druckpapiers geführt und dadurch geradezu heidend unter der Arbeiterpresse gewirkt. Die sozialistischen Zeitungen sind in ihrer Abonnentenzahl stark zurückgegangen und die Gewerkschaftspressen mußte, wie auch unsere „Gewerkschafts- und Sanitätswarte“ beweisen, ihren Umfang stark einschränken zu seltener Erscheinungsweise übergehen. Das hat natürlich Aufklärung und Weiterbildung der Arbeiter und damit auch Fortentwicklung und Schlagkraft der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen große Nachteile. Nr. 13 der „Reichs-Zeitung“ nimmt „Zur Einschränkung der Gewerkschaftspressen“ dringlich Stellung. Nachdem sie mit Bedauern festgestellt habe eine Anzahl Zeitungen an Umfang und Erscheinungsweise einbüßen, fährt sie fort:

„Es muß nun allerdings hervorgehoben werden, daß die Gewerkschaften, wie die Holzarbeiter, Bergleute, Schuhmacher, Tischler und andere ihre Blätter auf dem alten Stand gehalten. Daß es auch bei ihnen nicht an Besorgnissen durch den Sparzwang fehlt hat, kann man ohne weiteres annehmen. Wenn sie ihnen standen haben — und hoffentlich auch fernerhin widerstehen —, das als Beweis für ihren Opfermut und ihre Weisheit gelten. — verständlich haben auch die kleineren Blätter die Einschränkungen leichtem Herzen gemacht. Auch bei ihnen wird es, insbesondere bei den Schriftleitungen, nicht an Widerstand gefehlt haben. Aber schließlich sie doch der Mittelnappheit oder dem Sparzwang weichen mußten. Papierpreis und die anderen Ausgaben der Organisation sprachen wahn sinnigen Sätzen hinunter, während ihre Einnahmen viel langsamer stiegen. Und um die Bedrängnis vollständig zu machen, ist ein großer Teil des Darmitelbestandes in das Danaoschiff der Sparzwang verschwunden. Was tun? Den nach Sparmaßnahmen Ausweg? Rastloser stehen die Fesseln, acht- oder gar mehrfachen Ausweg der Zeitung ins Auge. Keine Sparmaßnahme scheint auf so einfache Weise dermaßen viel einzubringen, wie die Einschränkung der Ausgaben. Dies läßt sich deren Notwendigkeit nicht begründen. Die Seitenzahl nur auf die Hälfte verringert, sind sofort 50 Hundertmillionengroßen Ausgabe zu ersparen; eher noch größer die Ausgabe, wenn man von der wöchentlichen Ausgabe zur vierteljährlichen geht. Würde man gar die Zeitung ganz weglassen lassen, dann einer solchen Beweislösung, ebenso einfach wie durchführbar, schwerer zu widerstehen. Die Einschränkung wird beschlossen, wie oben schon erwähnt. Aber auch geparkt! Geheiß können nun die vier Millionen, die der Schulung, Aufklärung, moralischen Erziehung der Mitglieder hätten dienen sollen, anspeckelert werden. Selbst die hier ersparigen Summen vor der Markterlöschungsgefahr zu stellen, wäre die Ersparnis gering, nein, würde ein ungeheurer

588 Stille... 7300 erha... 1. Januar... monat er... weisig an... 569 1... 31... 884 1... 2182 117... 808 27... 989 58... 97 27... 18 5... 12182 117... 808 27... 989 58... 97 27... 18 5...

... müssen in Anbetracht der dadurch verursachten Ver... von selbstigem Gut. Ein schwacher Klassenbestand ist... schwere Gefahr für die Gewerkschaft. Eine noch größere... einen ein schwacher Fonds von Klassenbewußtsein... Solidaritätsgefühl. Die schwache Klasse läßt sich verhältniß... und Solidaritätsgefühl erfüllt ist. Die Schaffung dieser... Bedingungen der Klassenklärung heißt bekanntlich viel Zeit... und Stetigkeit der Aufklärung. Ohne diese Vorbedin... der besten Teil des Strebens nach Erhaltung und Wahrung des... und nach seiner nützlichsten Verwendung dazu ver... zu bleiben. Das wirksamste Mittel aber, diese Un... zu erfüllen, ist die Gewerkschaftspresse. Diese einschränkt... mit vielen Opfern geschaffenen Fonds von geistlichem und mora... der Gewerkschaft gefährden, vergeuden, heißt weiter die oberste... der Vermehrung des finanziellen Gutes gefährden, ver... heißt auf die beste, die sicherste, die reichsten Zins tragende Selb... der Gewerkschaft verzichten. Was man heute durch Einschränkung... der Gewerkschaftspresse zu sparen meint, muß früher oder später wieder... ausgegeben werden. — Allein, damit ist der Schaden, den... vertriebe oder beachtliche Sparsätze an der Gewerkschafts... noch nicht ganz genannt. Die allgemein steigende Not... politische Arbeiterpresse aus dem proletarischen... Der Mangel an Bekleidungsstoffen für Arbeiter und seine Familie... nach seinem Verbandsblatt greifen, wo er Aufklärung über die... weit ausstreichenden schwierigen Zeitfragen und christlichen Nat... wird ihm nun auch noch die letzte Möglichkeit der Auf... und der Unterweisung, die Gewerkschaftspresse, beschnitten, darin... Widerstandskraft gegen die Einflüsse der gegnerischen Presse... Das Ziel der gesinnungslosen Generalanzeigerpapiere wie der... der reaktionären Presse wäre bald vollständig erreicht. Würde... in der Zeit der Zeitungsüberflutung, der nationalstischen... der sozialistischen Weltanschauung nicht alle Kraft und alle... die Erhaltung und Ausbreitung der Arbeiterpresse, der polit... der gewerkschaftlichen setzen, die sozialistische Bewegung be... mit einer lebensgefährlichen Hypothek. Ein köstliches Geis... ein Schüssel fähigen. Die Einschränkung der Gewerkschafts... Millionen an Papierwerten erkrüppeln, vergudet... Milliarden a' geistigem Gold."

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

... hat sich im Reichstag eine Mehrheit von... bis zu den Demokraten gefunden. Eine Ent... die vom Zentrum, der Deutschen Volkspartei, der Bayer... Volkspartei und den Demokraten eingebracht war, wurde mit... 146 Stimmen angenommen. Die Entschließung lautet:
"In Anbetracht der Notwendigkeit der Erhaltung der Ernährung des Volkes ist die Erhaltung der Getreidemenge unter... der landwirtschaftlichen Organisationen, der Verbrauch... der Arbeiter, der Bäcker und des legitimen Handels ist er... Eine Verbilligung des Brotes für Arbeiter, zu denen... die breite Masse der Sozialrentner, Erwerbslosen, Armen... und der Arbeiter zu rechnen ist, ist unter Deckung... Mittel durch Belastung des Brotes in weitestem Um... zu bewerkstelligen. Diese Belastung muß vor Beginn des neuen Wir... gesetzlich festgelegt sein. Vorher wird die Reichsgetreide... aufgehoben werden. Das Ernährungsprogramm der Reichsregierung... 1923/24 ist mit möglichster Beschleunigung vorzutragen."
... klingt das recht harmlos. Es ist aber interessant, mit... Begründung die Deutsche Volkspartei die deutsch... Resolution ablehnte, wonach die Zwangswirtschaft auf... der landwirtschaftlichen Erzeugung mit Beginn des... 1923/24 aufgehoben, auch die Getreidemenge nicht... und die Reichsgetreidestelle am 1. Oktober 1923 auf... werden sollte. Der Abg. Döbrich (Dt. Sp.) erklärte, daß seine... nicht mit den Deutschnationalen vollkommen übereinstimme... aber gegen die Resolution fertigt stimme, weil der von der... Volkspartei mit unterschriebene Kompromißantrag dem... nach basierte ausspreche. Damit ist dem Brotwucher Tür und... tun, denn daß die landwirtschaftlichen Organisationen usw... zuzunehmen werden, um eine Verbilligung des Brotes für... herbeizuführen, glaubt nach den Erfahrungen, die... gemacht worden sind, kein Mensch. Die Arbeiter... und die Gefahren nur abwehren können, wenn sie vom... getragen, fest und treu in ihren gewerkschaftlichen... Organisationen zusammenschließen."

Beamte, Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

Die neuen Verhandlungsmethoden der Regierung bei den Verhandlungen am 12. März sowohl als auch am 6. und 7. April d. J. werden mit ihren Ergebnissen wenig Befriedigung innerhalb der beteiligten Arbeitnehmerkreise herbeiführen. Es mutet einem sonderbar an, daß eine Regierung jedesmal erklärt, man könne mit Rücksicht auf die Stabilisierung der Mark und um eine Verbilligung der Warenpreise herbeizuführen, keine Lohnerhöhungen gewähren in Rücksicht auf die Öffentlichkeit. Als ob heute noch ein Geschäftsmann danach fragt, was verdient der Reichsarbeiter oder der Beamte. Er wird ganz unabhängig davon, ob das Einkommen des Reichsarbeiters hoch oder niedrig erscheint, stets versuchen, seine Waren so hoch wie möglich an den Mann zu bringen, weil die ganze Einstellung darauf gerichtet ist sich zu bereichern. Dieser wenig vornehme Grundgedanke wird nicht durch eine Volkswirtschaft, wie sie jetzt in den Reichs- und Staatsbetrieben eingerissen ist, beseitigt.
Das Verhandlungsergebnis, das im Anschluß hieran aus dem Reichsbesoldungsblatt veröffentlicht wird, bewegt sich rein geldlich genommen, durchaus nicht unter dem, was zurzeit im allgemeinen in der Privatindustrie gezahlt wird. Auch die Privatindustrie hat, diese Summen umgelegt auf 3 Monate, sicherlich nicht höhere prozentuale Lohnerhöhungen gewährt. Aber das System selbst muß mit aller Entschiedenheit gebremst werden. Das sind wir nicht allein uns selbst, sondern auch unseren Kollegen in der Privatindustrie schuldig. Diese verschleierte Lohnpolitik der Regierung, indem man ängstlich bemüht ist, nicht die tatsächlichen Bezüge der Reichs- und Staatsarbeiter in die Öffentlichkeit zu bringen, muß dazu führen, daß in der Privatindustrie von den Organisationen Hunderte von Millionen Mark für Streiks ausgewendet werden, die die Unternehmer auf die niedrigen Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter hinweisen werden. Wenn die Spitzenverbände diesem Abkommen nicht zugestimmt haben, so waren die vorstehenden Beweggründe maßgebend.
Aber was ist für den Augenblick zu tun? Was die Regierung hier unternimmt, ist ein ständiges Spiel mit dem Feuer, und wenn ihr gesagt worden ist, daß man die Spitzenorganisationen nicht verantwortlich machen soll, wenn sich örtlicherseits Konflikte ergeben, so mußte man sich auf jener Seite klar darüber sein, welche Begleiterscheinungen eine derartige Lohnpolitik mit sich bringen muß.
Wenn sich nun unsere Kollegen zunächst mit dieser Regelung abfinden oder vielmehr im Augenblick werden abfinden müssen, werden sie sich aber auch klar darüber sein, welche ungeheure Schwierigkeiten uns binnen kurzem bevorstehen müssen. Wir werden uns aber auch darüber klar sein müssen, daß, wenn die Regierung auf ihrem Standpunkt längere Zeit hindurch beharren sollte, man alsdann mit allen Mitteln dagegen vorgehen muß, um uns nicht noch länger zurückdrängen lassen zu wollen. Halten wir also die Augen offen!
Im Nachstehenden geben wir die Zahlungsanweisung aus dem Reichsbesoldungsblatt Nr. 20 wieder, soweit sie sich auf die Regelung für die Lohnempfänger bezieht:
O. Für die in unmittelbarem Arbeitsverhältnis bei der Reichsverwaltung stehenden, unter die Tarifverträge des Reichs fallenden oder nach denselben entlohnten Arbeiter einschließlich der Handwerkerlehrlinge erkläre ich mich mit nachstehender Regelung einverstanden:
1. a) Auf die Anrechnung der auf Grund der Verfügung vom 12. März 1923 — I B 6929 — geleisteten Lohnvorauszahlungen für 96 Arbeitsstunden (bzw. 2 Lohnwochen oder 1/12 Monat) wird verzichtet.
b) Alle Arbeiter, die am 7. April 1923 im Reichsdienst standen oder zwischen dem 7. und 18. April 1923 eingetreten sind, erhalten neben den laufenden Lohnbezügen am 18. April 1923 — unbeschadet der etwaigen Kürzungen gemäß Nr. 2 — den für die ständige Beschäftigung maßgebenden tarifmäßigen Gesamtbezug (Lohn einschließlich Feuerungszuschlag, Franzenszuschlag, Rinderzuschlag, Lohnzuschlag für Beamtendienst, Mehrleistungs- und Bewertungszulage — aber ausschließlich Gebührenerverdienst, Mehrleistungs- und Bewertungszulage) für 48 Arbeitsstunden, bei Wochenlöhnern für 1 Woche, bei Monatslöhnern 1/12 eines Monatsbezuges (Lohn einschließlich Feuerungszuschlag, Franzenszuschlag, Rinderzuschlag und Ortslohnzulage).
c) Ein gleicher Lohnbezug (für 48 Arbeitsstunden, bei Wochenlöhnern für 1 Woche, bei Monatslöhnern 1/12 eines Monatsbezuges) — unbeschadet der etwaigen Kürzungen gemäß Nr. 2 — ist ferner am 11. Mai 1923 allen Arbeitern zu gewähren, die am 1. Mai 1923 im Reichsdienst beschäftigt waren oder bis zum 1. Mai 1923 in diesen eingetreten sind.
Bei Arbeitnehmern, die an einer Anfallsbeschäftigung teilnehmen, sind die 48 — vgl. b) und c) — aus dem nach Abzug der Vergütung für Beschäftigung und Wohnung verbleibenden Lohn zu errechnen. Die Endsumme ist auf einen vollen Markbetrag nach oben aufzurunden. Bei nicht vollbeschäftigten Arbeitnehmern wird der Betrag im Verhältnis ihrer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitsleistung zur tarifmäßigen Vollleistung (48 Stunden die Woche) gemindert, z. B. bei durchschnittlich 36 Wochenstunden auf 2/3 = 32.
2. a) Die in 1b bezeichneten Arbeiter, die nicht während des ganzen Monats April beschäftigt werden, erhalten nicht den vollen Betrag nach 1b, sondern nur für jeden Tag, den sie im April 1923 im Dienste des

Reichsverwaltung beschäftigt sind, $\frac{1}{100}$ des nach 1b zu berechnenden Betrag unter Aufrundung der Endsumme auf volle Mark.

b) Das gleiche gilt entsprechend für den nach 1c zuzurechnenden Sonderbetrag für Mai, falls der Arbeiter nicht während des ganzen Monats Mai 1923 beschäftigt wird.

3. Für Arbeitsunterbrechungen infolge von Krankheit mit Wohnortverzug oder von Arbeitsübersäumnissen findet ein Abzug nicht statt.

4. Wenn Arbeiter infolge Dienstunfähigkeit oder durch Tod nach dem 18. April bzw. nach dem 11. Mai 1923 auscheiden, findet eine Rückzahlung der nach vorstehender Regelung zuviel bezahlten Beiträge nicht statt.

Von den Mehrzahlungen nach A, B und C sind 10 v. H. ohne Berücksichtigung der Ermäßigungen als Steuerabzug einzubehalten; § 1 der Verordnung vom 15. Februar 1923 (Reichsgesetzbl. I, S. 118) findet hier keine Anwendung.

Berlin, den 12. April 1923.

I. B. 9457.

Der Reichsminister der Finanzen.

Landstraßenwörter

Auf der Landeskonferenz der Landstraßenwörter in Hannover am 29. März erstattete Kollege Reihner (Hannover) Bericht über die im letzten Jahre geführten Lohnbewegungen. Wenn es nicht immer gelungen ist, den Wünschen der Kollegen Rechnung zu tragen, so ist ein großer Teil der Kollegen selbst schuld, weil nicht alle durchdrungen sind vom gewerkschaftlichen Geist, weil sie noch zu sehr dem Arbeitgeber gefällige Diener sind. Ein jeder soll seine Pflicht tun auf der Arbeitsstelle, aber auch in der Organisation. Nur dann, wenn die Arbeitnehmer dem Arbeitgeber zeigen, daß sie zielbewußte, aufrechte Männer sind und keine Liebediener, dann wird es mit den Lebensbedingungen der Landstraßenwörter auch besser werden. Alsdann sprach über „Zweckmäßige Gestaltung der Lohnkommission“ Kollege Schmidt (Halberstadt). Er schlug vor, die Neuwahl der Tarifkommission so vorzunehmen, daß erstens der Gauvorstand und ferner aus jeder Ortsklasse ein Vertreter in der Lohnkommission zu finden sind. Gewählt wurden Heitmüller (Seelze), Schlüter (Rortheim), Rötter (Baer), Nolte (Goslar) und Asmus (Sulingen). Ein vom Kollegen Neumann (Bremen) gehaltenen Vortrag über die Aufgaben der Betriebsräte fand großen Beifall. Brand (Hannover) unterbreitete folgenden Antrag: „Die Filialkassierer sollen der Gauverwaltung die Beitragsgruppen mit der dafür erforderlichen Markenzahl übermitteln, um die Beitragsmarkenbestellungen beim Hauptvorstand gerepelter ausgeben zu können und um eine Kontrolle der bestellten Marken zu ermöglichen.“ Der Antrag wurde angenommen. Ferner wurde der vom Gauvorstand eingebrachte Antrag, den Gaubeitrag ab 1. April 1923 von 2 auf 10 Mk. zu erhöhen, angenommen.

Aus unserer Bewegung

Die Konferenz der Filialen im Tarifgebiet Hannover am 30. März 1923 nahm den Tätigkeitsbericht der Tarifkommission durch Kollegen Reihner entgegen. Er betonte, daß die Verhandlungen nicht immer so glatt und reibungslos gewesen sind, wie sich viele Kollegen es denken. Oft sind Späne gefallen und harte Worte gebraucht worden. Besondere Schwierigkeiten hatten wir immer, wenn Minden-Ravensberg als Nachbarbezirk schlechter abgeschnitten hatte. Mitteldeutschland hat, soweit es die reine Lohnpolitik betrifft, dem Gau Hannover immer ungefähr die Wage gehalten. Dann ging Reihner auf die Ruheordnungsfrage ein und betonte, daß der hannoversche Arbeitgeberverband leider noch nichts Positives als Entwurf zur bezirklichen Regelung vorgelegt hat. Wir würden aber nicht ruhen, um hier zu Ergebnissen zu kommen. Hoffentlich wird der augerblitzliche Stillstand in der Lohnbewegung den Arbeitgeberverband veranlassen, nun in der Ruheordnungsfrage Arbeit zu machen. — Folgende 2 Anträge der Filiale Göttingen fanden einstimmige Annahme:

„1. Sämtliche Filialen, die zum Tarifgebiet Hannover gehören, haben jede private Lohnherabsetzung mindestens alle 14 Tage der Gauleitung Hannover zu melden, um ein einheitliches Vorgehen zu erreichen. 2. Die Gauleitung soll umgehend mit dem kommunalen Arbeitgeberverband Hannover in Verbindung treten, um eine Ruheordnungsfrage auszuarbeiten, welche unseren alten Kollegen erlaubt, menschlich zu leben.“

Darauf erstattete Großkopf (Göttingen) den Bericht der Mandatprüfungskommission. Anwesend sind: 26 Delegierte, 4 Gauleiter und 4 Gäste. Kollege Neumann (Bremen) sprach sodann über die Umgestaltung der Tarifkommission. Er schlug vor, nur 6 Kollegen in diese Kommission zu wählen und, wenn Minden-Ravensberg zu uns kommt, auch diesen einen Vertreter zuzuerkennen. Die Wahl ergab: Reihner (Hannover), Erdmann (Hannover), Fuhrmann (Celle), Großkopf (Göttingen), Land (Hannover), Schnath Goslar), Reinke (Stade), Bädge (Hildesheim). Hieran anschließend gab der Kollege Gahnmeyer (Hannover) als Kassierer des Gauvorstandes den Kassenbericht. Es zeigte sich, daß die bisherigen Beiträge für die

Gautasse zu niedrig sind. Der Antrag des Gauvorstandes, den Beitrag pro Mitglied und Monat vom 1. April 1923 ab auf 10 zu erhöhen, wurde angenommen. Kollege Brandt referierte über die Uebelstände der Markenbestellung. Folgender Antrag gegen eine Stimme Annahme:

„Der Gauvorstand stellt den Antrag, die Filialkassierer sollen der Marken übermitteln, um die Beitragsmarkenbestellungen beim Hauptvorstand ausgeben zu können und um eine Kontrolle der bestellten Marken zu ermöglichen.“

Aus den deutschen Gewerkschaften

Johann Leimpeters und Heinrich Dohms gestorben. Der band der Bergarbeiter hat innerhalb drei Tagen zwei schwere Verluste erlitten. Am 1. April starb, 55 Jahre alt, an einem Schlaganfall Johann Leimpeters. Seit 1894 gehörte er dem Verbande der Bergarbeiter an. Im Jahre 1901 wurde er neben in die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ gewählt. Während des Krieges übernahm er den Rechtschutz für den Bezirk Bochum. Er übernahm nach dem Kriege nach Oberhausen als Arbeitersekretär. Am 3. April starb in Bochum Heinrich Dohms im Alter von 57 Jahren infolge einer Operation an Magenkrebs. Am 5. April 1865 geboren, trat er in den 90er Jahren im Wabdenburger Bergarbeiterverband bei. Infolge Maßregelung wurde er Ende der 90er Jahre nach Westfalen, Bezirk Hamm, überführt. Dort mehrere Jahre als Vertrauensmann und dann als Betriebsleiter tätig. Einige Jahre später verzog er nach Bochum, um in die Expedition der „Bergarbeiter-Zeitung“ ein. In rühmlicher Weise hat er der Arbeiterbewegung mit feiner Treue gedient. Beide Todesfälle reizen empfindliche Läden in die Bergarbeiterbewegung.

Rundschau

Die Mitwirkung der Gewerkschaftsbeamten im Schlichtungsausschuss. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat einen Erlaß über die Mitwirkung der Gewerkschaftsbeamten im Schlichtungsausschuss herausgegeben. Hierin empfiehlt die Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern aus Recht- und Sachverständigen. Unter anderem heißt es in dem Erlaß:

„Es ist ein dringendes staatliches Interesse, in Tarifstreitigkeiten, wo die Organisationsangehörigen der Organisationen, um deren Vertrag es sich handelt, als auch vor allem deren Gewerkschaftsbeamten nicht vom Schlichtungsausschuss auszuschließen, und namentlich nicht die unständigen Beisitzer, die dem am Streit beteiligten Berufsausschüssen sind, aus den Kreisen der unorganisierten Arbeiter auszuschließen. Diese Ausschließung würde geradezu gewerkschaftswirksam und die Gewerkschaftsangehörigen, deren Tätigkeit im Streik in jeder Weise gefördert werden muß, zugunsten organisierter, unbißziplinierter und den Wirtschaftsfrieden oft gefährdender Elemente zurücksetzen oder aber dazu führen, daß die unständigen immer dem Personenkreis außerhalb des Bezirks des Streitfalls angehören, also nicht die notwendige Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse des Streitfalls besitzen. Die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse ist, wie immer wieder betont werden muß, nicht mit der Tätigkeit der Richter zu vergleichen, sondern stellt nur die vom Staat geförderte Lösung der Parteiverhandlungen dar, für die es nicht nur notwendig, sondern geradezu förderlich ist, wenn Mitglieder der Interessierten im Schlichtungsausschuss mitwirken; anders hätte auch die gesetzliche Bestimmung über die Ausübung der unständigen Beisitzer keinen Sinn. Diesen Gesichtspunkten ausgehend, bin ich bereits in meinem früher erwähnten Erlaß vom 3. Januar 1923 — III 12590 — gekommen, als einzige Ausnahme von der grundsätzlichen Nichtteilnahme der Gewerkschaftsbeamten am Schlichtungsausschuss anzuführen, daß es sich um den Verhandlungsführer der Gewerkschaft (entsprechend um den Syndikus des Arbeitgeberverbandes) in konkreten Fällen handelt. Ebenso würde ich es, was ich damals hervorgehoben habe, allerdings für unzulässig halten, daß der Gewerkschaftsbeamte, mit dem die Gewerkschaft einen Firmenvertrag abgeschlossen hat, selbst gleichzeitig als Beisitzer im Schlichtungsausschuss tätig ist.“

Briefkasten

Vorzugsangebot für Mitglieder. Für unsere „Mitteilung“ und „Schriften“ konnte rechtzeitig ein Posten des „Taschenschatz“ (Municipalpolitiker) reserviert werden. Der noch vorhandene Restbestand kann, trotzdem der Ladenpreis heute 7500 Mk. beträgt, unsere Mitglieder noch zum alten Vorzugspreise von 800 Mk. Stück abgegeben werden. Unsere Kollegen geben ihre Bestellungen bei dem Kassierer ihrer Filiale auf, der sie der „Mitteilung“ und „Schriften“ unseres Verbandes übermitteln.